

Sicherheit und Immigration: Zu einer Kritik der Gouvernamentalität des Unbehagens¹

DIDIER BIGO

Migration wird zunehmend als Sicherheitsproblem interpretiert. Das Prisma der Sicherheitsanalyse wird besonders wichtig für Politiker, für nationale und lokale Polizeiorganisationen, für die Militärpolizei, Zollbeamte, Grenzbeamte, Geheimdienst, Armeen, Richter, soziale Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, private Unternehmen wie Bankanalysten, Wachdienste, für Journalisten der Boulevardpresse und für jene Bevölkerungsteile, die dem »law and order«-Denken zuneigen. Die Popularität dieses Denkens ist aber kein Ausdruck hergebrachter Antworten auf gestiegene Risiken der Unsicherheit, von Verbrechen oder Terrorismus oder neuen Gefahren der Globalisierung. Sondern sie resultiert aus der Schaffung eines Kontinuums von Gefahren und des Unbehagens. Darin tauschen viele Akteure ihre Ängste und Befürchtungen aus, und schaffen so eine »gefährdete und riskante« Gesellschaft. Es sind gerade die

1 Dieser Artikel erschien zuerst unter dem Titel »Security and Immigration: Toward a Critique of the Governmentality of Unease« in: *Alternatives*, 2002, 27. Jg, Special Issue, S. 63-92. Copyright von *Centre d'Etudes sur les Conflits*. Übersetzung von Klaus Schlichte und Margarete Misselwitz.

Berufskreise, die mit dem Management von Risiken und Ängsten befasst sind, die die Legitimität, die sie im Kampf gegen den Terrorismus, Kriminalität und Spionage erzielen, gegen andere Ziele richten, besonders gegen transnationale politische Aktivistinnen, gegen Menschen, die Grenzen überqueren oder Staatsbürgern, deren Eltern anderer Nationalität waren.

Diese Expansion dessen, was als sicherheitsrelevant betrachtet wird, führt zu einer Verschmelzung von internationaler und interner Sicherheit. Gerade für das Thema Migration ist diese Verschmelzung besonders wichtig, und insbesondere hinsichtlich der Frage, wer überhaupt als Immigrant gilt. Die Sicherheitsexperten selbst, und mit ihnen einige Akademiker, geben vor, nur auf Bedrohungen zu reagieren, die Maßnahmen jenseits der üblichen Politik notwendig machen würden. Doch in der Praxis sind die Transformation von Sicherheit und die Betonung der Immigration eng mit ihren Interessen verbunden. Denn es geht dabei um Budgets und Aufträge und um die Erneuerung der Technologien, die sie benutzen, wie computergestützte Datenbanken, Profiling und elektronische Überwachungstechnologien. So werden die Europäisierung und die Verwestlichung der Überwachungs- und Kontroll-Logiken jenseits nationaler Politiken durch die Schaffung eines transnationalen Feldes von Professionellen angetrieben, die das »Management des Unbehagens« betreiben. Dieses Feld geht weit über die Polizeiorganisationen hinaus, denn es umfasst auf der eine Seite Privatunternehmen und Organisationen, die um den Sozialstaat herum gelagert sind, und auf der anderen Seite Geheimdienste und militärische Abteilungen, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf der Suche nach einer neuen Rolle sind. Doch diese Manager des Unbehagens sind nur ein Knoten in einem Netzwerk, das bestimmte Gruppen als Risiko oder Ursache von Unbehagen einstuft.²

Dieser Prozess der Versicherheitlichung ist mittlerweile wohl bekannt. Aber obwohl eine Reihe von kritischen Beiträgen

2 Diese Zusammenhänge sind der politischen Soziologie seit langem bekannt, (vgl. Bigo 1992; Anderson/Den Boer 1994; Anderson/Den Boer/Cullen/Gilmore/Walker 1996; Bigo 1996a; Palidda 1999; Ericson 1999). Aber in der Politikwissenschaft scheinen diese Einsichten immer noch unbekannt zu sein.

auf diese Definierung von Migration als Sicherheitsproblem aufmerksam gemacht hat, dauert die Praxis an. Warum? Warum wird Migration weiterhin mit Terrorismus, Kriminalität, religiösem Eiferertum und Arbeitslosigkeit in einen Zusammenhang gestellt und warum wird Migration nicht als Chance für die europäischen Gesellschaften, als Teil der Freiheit, auf der ganzen Welt zu reisen oder als neue Form von Staatsbürgerschaft begriffen (vgl. Bauman 1999)? Das ist die Frage, die ich in diesem Beitrag behandeln möchte.

Einige »kritische« Diskurse von Nichtregierungsorganisationen und manchen Wissenschaftlern nehmen an, dass eine Veränderung eintreten würde, wenn Politiker, Journalisten, Regierungen und Bürokratien »aufgeklärt« würden, und dadurch ihre Ansichten und Praktiken änderten. Das Problem sei deshalb, so ihre Position, ein Problem der Ideologie oder des Diskurses, insofern die Versicherheitlichung der Migranten vor allem auf Sprechakten beruhe. Von diesen Autoren wird der Ausdruck »Sprechakt« nicht im technischen Sinne wie bei Austin verwendet, sondern metaphorisch, um normative Positionen von Sprechern zu rechtfertigen und um zugleich einen kritischen Diskurs gegen die Redeweisen der Sicherheitsexperten zu ermöglichen. Dieses Verständnis verstärkt die Auffassung, dass es um einen Wettbewerb von Ideen und Normen geht, in dem Akademiker eine tragende Rolle spielen könnten.³

Dieser Beitrag soll auf eine andere Weise kritisch sein. Es soll hier vermieden werden, die Auseinandersetzung als eine ideologische zwischen Konservativen und Liberalen oder gar als einen »intertextuellen Wettbewerb« zu präsentieren, der zwischen Institutionen ausgetragen wird und in dem Akademiker eine Schlüsselrolle spielen. In diesem Beitrag wird untersucht, wieso der Diskurs über Immigranten als Sicherheitsproblem fortwirkt, obwohl doch die Kritik daran wohlbekannt ist, und warum die akademischen und alternativen Diskurse sowohl in der Politik als auch im Alltagsleben so unbedeutend geblieben sind. Dabei wird hier die Arbeit der Politisierung betont, der Mobilisierung von Gruppen und Technologien, die es

3 Man könnte leicht erklären, warum diese Position unter Akademikern so beliebt ist. Über die »illusio« der Akademiker über ihre eigene Rolle vgl. Bourdieu (1984).

einigen Berufsgruppen und Agenturen, vor allem aber politischen Akteuren, Medien, dem Sicherheitssektor und einigen Teilen der Bevölkerung erlauben, eine »Wahrheit« zu etablieren, die Migration mit Kriminalität und Arbeitslosigkeit in Zusammenhang bringt, obwohl viele Akademiker, die Kirchen und Nichtregierungsorganisationen seit vielen Jahren dagegen argumentieren.

Meine These ist, dass die Versicherheitlichung der Immigration nicht das Resultat der Propaganda der politischen Rechten ist, und dass sie auch nicht bloß auf »Sprechakten« von Regierungsvertretern oder gesellschaftlichen Gruppen besteht (vgl. auch Buzan 1993). Die Versicherheitlichung des Migranten als Risiko hat, so die These, etwas mit unserer Vorstellung vom Staat als ein Körper oder als ein Gefäß für politische Gemeinschaften zu tun. Sie ist in der Vorstellung von Politikern verankert, die Angst davor haben, die symbolische Kontrolle über territoriale Grenzen zu verlieren.⁴ Der Diskurs der Versicherheitlichung wird durch den *Habitus*⁵ der Sicherheitsbeamten und ihren Interessen an Fremden und Immigranten strukturiert.⁶ Diese Interessen korrelieren mit der Globalisierung neuer Technologien der Kontrolle und Überwachung (Bigo 2000a; Mathiesen 2000). Der Diskurs basiert auch auf dem Gefühl des »Unbehagens«, das einige Bürger verspüren, weil sie sich an den Rand gedrängt fühlen und mit den neuen Ungewissheiten des alltäglichen Lebens nicht umgehen können.⁷ Dieses Unbehagen ist nicht psychologisch. Es ist ein strukturelles Unbehagen in einer »Risikogesellschaft«, die durch den neoliberalen Diskurs erzeugt wird und in der Freiheit immer gleichbedeutend mit Gefahr und Unsicherheit ist.

4 Vgl. Anderson 1996; Anderson/Den Boer 1994; Ganster 1997; Bigo 2001a; Guild 2001.

5 Mit dem Begriff des »sozialen Habitus« ist in der Soziologie Pierre Bourdieus die mentale Struktur gemeint, die die Akteure dazu neigen lässt, Strukturen und Institutionen zu reproduzieren. Er wird bei Bourdieu als Ensemble von Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata definiert (Anm. d. Übers.).

6 Zu Bourdieus Verständnis von *Habitus* siehe Pierre Bourdieu (1990).

7 Vgl. Beck 1992; Beck 1996; Bauman 1992; Bourdieu 1993; Bigo 1998a; Ericson 1999.

Die Versicherheitlichung der Migration ist also eine trans-
versale politische Technologie, die als Modus einer Gouverne-
mentalität⁸ von verschiedenen Institutionen genutzt wird, um
mit dem Unbehagen zu spielen, oder um es zu wecken, wo es
noch nicht existiert. Damit wollen diese Institutionen ihre Nütz-
lichkeit als Sicherheitsagenturen beweisen und zugleich ihr
Versagen kaschieren (vgl. Delumeau 1989). Die Politik der Ver-
sicherheitlichung der Immigration entsteht also aus einer Kor-
relation zwischen erfolgreichen Sprechakten von politischen
Führern, der Mobilisierung, die sie für oder gegen bestimmte
Gruppen erzeugen, und dem spezifischen Feld des Sicherheits-
personals, das in der westlichen Welt trotz vieler nationaler
Unterschiede nun Polizisten, Gendarmerien, Geheimdienste,
Militärs, Sicherheitsunternehmen und Experten des Risk-
Assess-ment vereint. Aber diese Politik geht auch hervor aus
einer Vielzahl von administrativen Praktiken, wie dem »profil-
ing« der Bevölkerung, der Risikoabschätzung, der statistischen
Berechnung, der Schaffung von Kategorien und der Prävention
sowie aus dem, was als der spezifische *Habitus* des Sicherheits-
personals bezeichnet werden kann, mit seinem Ethos des Ge-
heimnisses und der Verwaltung von Angst und Unbehagen
(vgl. Buzan/Waever/de Wilde 1998).

Der Erfolg der Versicherheitlichung der Immigration im politischen Raum

Der Großteil der antirassistischen Bewegung und der Men-
schenrechtsorganisationen wie auch der Wissenschaftler, die
mit diesen Organisationen verbunden sind, erklärt die Macht
des Sicherheitsdiskurses über Migration mit einer »spontanen«
Ausbreitung von Intoleranz und rassistischen Vorurteilen in
großen Bevölkerungsteilen. Die Bevölkerung sei »kontaminiert«
durch »law and order«-Visionen über Fremde und würde diese
Vorstellungen akzeptieren. Das Nichtwissen über die größeren

8 Unter *Gouvernementalität* werden in diesen Beitrag nach Fou-
caults Definition alle Praktiken verstanden, die Strategien festle-
gen, definieren, organisieren und instrumentalisieren, die Indivi-
duen in ihrer grundlegenden Freiheit in Beziehungen mit ande-
ren haben.

Zusammenhänge und der Populismus, der frustrierte Bevölkerungsgruppen gefallen soll, seien begünstigende Hintergründe für solche fremdenfeindlichen Haltungen.⁹ Das mag in einigen Hinsichten zutreffen. Doch die Ineffizienz der Kritik an diesen Haltungen kann nicht einfach mit der Blindheit von Politikern, Medien und Wählern begründet werden.¹⁰ Erfolg kommt nicht durch endlose Wiederholung der Aussage zustande, wie nützlich Fremde für eine Gesellschaft sind. Die Weigerung, kritische Diskurse zu berücksichtigen muss daher statt als eine Wissenslücke vielmehr als ein politisches Vergessen, als eine Negierung dessen verstanden werden (vgl. Foucault 1994).

Die Behauptung, dass zunehmende Unsicherheit auf stärkere Immigration zurückgeführt werden kann, wurde schon oft von Kritikern widerlegt, aber ohne großen Effekt. Analytische Genauigkeit hat den Konsens zwischen Politikern und Bürokraten nicht zerstören können. Der kritische Diskurs kann die Situation nicht dadurch verändern, dass er sich für Migranten und gegen »securitization« einsetzt. Das Detailwissen über die negativen Effekte von Regierungspolitik und der Politik von internationalen Organisationen wird die Situation der Migranten nicht verändern. Sie werden weiterhin Gegenstand von Zurückweisungen und Integration sein. Eine wirklich effektive Herausforderung kann nur indirekt geschehen, nämlich durch die Analyse der Bedingungen, unter denen ein Diskurs als »wahr« anerkannt wird, der hier Immigranten zu »outsidern« innerhalb von Staaten macht (vgl. Abdelmalek 1999).

9 Einige vermeintlich kritische Diskurse setzen im Grunde eine fremdenfeindliche Öffentlichkeit voraus. Sie glorifizieren auf der anderen Seite eine aufgeklärte Schicht, die aus guten Bürgern, sie selbst eingeschlossen, bestünde. Damit teilen sie die Bevölkerung in Massen und Eliten auf (vgl. Wieworka 1992 und Taguieff 1991). Natürlich spielt Fremdenfeindlichkeit für den Sicherheitsdiskurs eine Rolle, aber diese Fremdenfeindlichkeit ist vor allem auch ein Produkt dieses Diskurses.

10 Vgl. Favell 1998; Geddes 1996; Rea 1998; Lessana 1998; Bonelli 2000.

Sicherheit und Einwanderung: »Seeing like a state«¹¹

Die Politik der Verweigerung, des aktiven Vergessens der Bedeutung von Migration zieht ihre Stärke aus der Art und Weise, wie der Staat von den Hauptakteuren des Sicherheitsdiskurses imaginiert wird. Journalisten, Politiker, Bürokraten, aber auch viele Politikwissenschaftler verwechseln den Staat mit dem Staatsapparat und den Regierenden. Die Regierenden in repräsentativen Demokratien, so argumentieren sie, würden ihre Legitimität von den Bürgern erhalten, wodurch sie Staat mit Demokratie assoziieren, ohne die Grenzen und Widersprüche zwischen diesen beiden Konzepten zu bemerken. Bürger werden als Inländer verstanden, im Unterschied zu Ausländern, und Ausländer werden als Bürger anderer Staaten aufgefasst, die sich von den Inländern durch andere Werte und Normen unterscheiden. Immigration wird so immer verstanden in den Kategorien von Staat und Nation, als eine Gefahr für die »Homogenität des Volkes«. Schon die Aktivierung des *Migranten* zum »Im«-*Migranten* wird als etwas Zerstörerisches aufgefasst. Die Metapher der »body politic«, die in dem Mythos der Souveränität eingebettet ist, – nötig, um die Grenzen zu überwachen, um die Integrität dessen zu gewährleisten, was sich im Innern befindet, in der Praxis der territorialen Kontrolle, in den Technologien der Überwachung – schafft eine Imagination des Immigranten als jemanden, der von Außen hereinkommt, als eine Gefahr für die Homogenität des Staates, der Gesellschaft und des politischen Körpers (vgl. Bigo/Hanon/Bonelli/Tsoukala 2000; Andreas 2001).

Die Genealogie des westlichen Staates, gerade bezogen auf seine stärksten Mythen und seine Institutionalisierung, ist vielfach untersucht worden, unter anderem von Antony Giddens (1984) und Pierre Bourdieu (1994). Sie haben gezeigt, um es mit Bourdieu zu sagen, dass »der Staat uns stärker begreift, als wir den Staat begreifen«. Die Studien in den Theorien internationaler Beziehungen von John Ruggie, Thomas Biersteker, Richard Ashley und R.J.B. Walker haben ebenso gezeigt, wie stark Staa-

11 Diese Überschrift bezieht sich auf den gleichnamigen Buchtitel von James Scott »Seeing Like A State: How Certain Schemes to Improve the Human Conditions Have Failed« (1999).

ten sich als Bewusstseinsformen entwickelt haben.¹² Das hat Theoretiker der Internationalen Beziehungen dazu gebracht, die territoriale Dimension des Westfälischen Staates zu analysieren, wie dies Bertrand Badie (1996), Richard Mansbach (1989) und Martin Heisler (2001) getan haben. Ich will dies hier nicht weiterentwickeln, sondern nur darauf hinweisen, dass all diese Begriffe Waffen und Munition in symbolischen und politischen Auseinandersetzungen zwischen sozialen Gruppen gewesen sind. Begriffe wie Souveränität, Sicherheit und Grenzen strukturieren unser Denken in dem Sinne, als dass sie einen »Körper«, einen »Behälter«, einen »Container« schaffen, dessen Inhalt von dem zu unterscheiden sei, was ihn umgibt. Der Staat rechtfertigt sich dann als die einzig akzeptable Ordnungsform, sobald akzeptiert ist, dass Souveränität, Gesetz und Ordnung und ein einheitlicher »Körper« die Voraussetzungen für Frieden und Homogenität sind. Er rechtfertigt die »nationale« Identität, die der Staat durch seine Territorialisierung seiner Ordnung erreicht, durch die Setzung von Grenzen.

Die Stärke dieser symbolischen Ordnung ist so oft analysiert worden, dass dies hier nicht noch einmal geschehen muss. Aber es muss doch daran erinnert werden, weil so viele Ökonomen und Soziologen, die zum Thema Migration arbeiten, dies »vergessen« haben. Sie wirken aktiv daran mit, die »Illusion« der Macht als Körper zu vergessen, wobei durch die Betonung auf Homogenität, Souveränität und die Gesetze das Verständnis über die globalen sozialen Transformationen hinsichtlich der Bewegungen von Menschen und Identitätspolitik verhindert wird. Viele Politiker, Juristen und auch einige Sozialwissenschaftler können kaum zugeben, dass man die Macht nicht über legitime und stabile Formen verstehen kann, dass sie nicht »von oben« kommt, das sie, um es mit Michel Foucault zu sagen, »nicht in ihren Intentionen analysiert werden kann, sondern, im Gegenteil da, wo sie mit ihren Zielobjekten interagiert, wo sie sich bewegt, wo sie im Extremfall die Grenzen des Rechts überschreitet, dort können die Techniken und Taktiken der Herrschaft beobachtet werden« (vgl. Foucault 1996). Foucault hat schon vor langer Zeit eine Alternative zur Beschreibung der

12 Vgl. Ruggie 1998; Walker/Mendlovitz 1990; Ashley/Walker 1990; Biersteker/Weber 1996.

Machtbeziehungen in den Begriffen der Souveränität vorgeschlagen, die das Verständnis des »politischen Körpers« herausforderte. Aber dieser Vorschlag ist marginal geblieben. Selbst in akademischen Kreisen wird sich bis heute geweigert, Souveränität und Sicherheit zu analysieren und stattdessen beharren sie darauf, dass diese Begriffe lediglich Werkzeuge wären, um die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft zu verstehen (vgl. Hysmans 1995).

Aber Souveränität und Sicherheit sind keine analytischen Begriffe, sondern sie müssen einer genealogischen Analyse unterzogen werden, um ihre Beziehung zu den Ideen des Regierens offen zu legen, der Idee des so genannten Westfälischen Staates in seinen modernen – Hegelschen oder Weberschen – Variationen. Das aktuelle Revival der Souveränität in der politischen Debatte kann daher als der Einsatz eines Narrativs verstanden werden, der die Absicht verfolgt, mit Positionen der symbolischen Autorität zu spielen, um soziale Praktiken in die benötigte Richtung zu lenken. Souveränität bedeutet, diese Positionen anzuerkennen, doch wenn sie angezweifelt werden, kann der Autoritäts-Effekt nicht lange bestehen. Denn diese Autorität lebt nicht aus sich selbst heraus, sondern sie entsteht intersubjektiv. Das gleiche gilt für das Sicherheitsargument. Die Praktiken der Sicherheit sind nicht naturgegeben, sondern sie sind das Ergebnis von politischen Handlungen von Politikern und der Spezialisten des Bedrohungsmanagements.

Sicherheit und Einwanderung: Seeing like a Politician

Die Vorstellung eines Staates als ein Körper, der von Migrant*innen bedroht wird, ist eine politische Erzählung, die von Politikern genutzt wird, um sich von anderen Politikern abzugrenzen, allerdings innerhalb desselben Spiels. Diese Erzählung ist eine nützliche Konstruktion für die Politisierung von Migration. Von Murray Edelman (1991) haben wir gelernt, wie die Konstruktion eines politischen Spektakels funktioniert. Er hat gezeigt, warum es für Politiker nützlich ist, aus Situationen Probleme zu machen: die Politiker können sich dann als »Manager« präsentieren und so ihre Autorität rechtfertigen. Es erlaubt ihnen, andere Probleme nicht zu behandeln und strukturelle Schwierigkeiten in einfache Formeln zu transformieren. All die-

se Elemente und Praktiken sind wichtig, um die Versicherung von Immigration zu erklären. Michel Rogin, um nur ein Beispiel zu erwähnen, hat die Idee entwickelt, dass in verschiedenen Ländern unter anderem in den USA, politische Rhetorik als politische Dämonologie wirkt, mit der eine »law-and-order«-Politik begründet werden kann (vgl. Rogin 1998).

Doch weder Edelman noch Rogin haben eine weitergehende Dynamik richtig analysiert, die Paul Veyne in einem anderen Kontext entwickelt hat, nämlich wenn Politiker an ihre eigenen Mythen glauben, auch wenn sie sie zynisch und bewusst selbst aktivieren. Sie sind nicht einfach Irreführer oder Schauspieler. Trotz der Differenzen in politischen Auseinandersetzungen, nationalen Traditionen, professionellen Interessen und trotz des offensichtlichen Zynismus in den Führungen von Polizei und Militär, leben Politiker in den Mythen über den politischen Körper, die Souveränität und den Staat. Sie nehmen teil an diesen Illusionen des politischen Feldes. Die Mythen strukturieren ihren Raum, ihre Denk- und Handlungsweise bei »politischen Problemen«. Und das erklärt zu einem gewissen Grad die Homogenität ihrer Reaktionen auf das »Immigrationsproblem« in den verschiedenen westlichen Staaten.

Das heißt nun nicht, dass Politiker notwendig an die Mythen glauben würden, die sie über Immigranten oder Islamisten und über Grenzüberschreitungen in Umlauf bringen: Sie kennen die Grenzen ihrer Fabeln genauso wie die alten Griechen wussten, dass ihre Götter Teil ihrer mythischen Märchen waren (vgl. Veyne 1983). Dennoch können sie nicht die Mythen über den Staat und die Integrität des Volkes in Frage stellen, denn in diesen Mythen erklären sie ihre alltägliche Welt und innerhalb dieser Mythen sind auch ihre eigene Werte und Auseinandersetzungen angesiedelt. Deshalb ist die Metapher des Eindringens von etwas Fremden in einen Körper so mächtig, auch wenn die nationalen Fassungen jeweils etwas anders ausfallen: als »Flutwelle« in Großbritannien, als »Deichbruch« in den Niederlanden oder als »Barbareninvasion« in Frankreich (vgl. Leveau 1998).

Diese Diskursfiguren über Immigration als »Eindringen« werden von Berufsgruppen und Politikern geschaffen, und sie beruhen auf einer zentralen Unterstellung, die die Politiker über ihre eigenen Fähigkeiten gegenüber dem Staat haben: die

Behauptung, dass es möglich sei, den Strom von Menschen an den Grenzen zu kontrollieren (vgl. Bigo 1996b). Sie gehen davon aus, dass Berufspolitiker eine Kontrollmacht haben, die sie nicht verlieren wollen, nämlich das Recht, Ausländern Zugang zu gewähren oder nicht. Dieses Recht wird ihnen umso wichtiger, als sie erfahren, dass sie in anderen Bereichen, etwa bei Geld und Kredit, immer weniger Entscheidungsfähigkeiten besitzen (vgl. Strange 1994). Dieses Recht bedeutet aus der Sicht der Politiker, dass sie in der Lage sind, durch Gesetze und ihre Implementierung, die Zirkulation von Menschen über die Grenzen zu kontrollieren, wozu sie sich so berechtigt fühlen (vgl. Torpey 1998). Wenn diese Diskurse und Mythen der politischen Professionellen aber auf die sozialen Praktiken der Grenze treffen und die Unmöglichkeit offensichtlich wird, das Verhalten von Millionen von Menschen zu steuern, dann geraten sie in Konflikt mit den Professionellen der Sicherheit, die den Auftrag haben, die Grenze zu kontrollieren, aber von der praktischen Unmöglichkeit wissen, die Grenze tatsächlich zu versiegeln.

Dieser »Wille zu beherrschen« der Politiker hat nur einen Effekt, der aber sehr wichtig ist. Sie verändern den Status von Personen, indem sie die Bedingungen ändern, die Reise- und Bleibemöglichkeiten eröffnen oder beschränken. Indem sie etwa die Ankunft oder den Aufenthalt als legal oder illegal erklären. Aber sie wissen, dass jeder, der wirklich kommen will, dies auch tun kann. Als Illegaler wird der Migrant so zum Feind des Politikers, besonders für Lokalpolitiker, die Bürgermeister, die in direktem Kontakt mit Migranten kommen und diese zurückweisen wollen. Politiker fühlen sich beleidigt durch ihre offensichtliche Unfähigkeit, die Integrität des »nationalen Körpers« zu sichern, den sie ja repräsentieren.

Doch auch wenn Politiker frustriert sind vom Kontrast, der zwischen ihren Selbstbildern, ihrer effektiven Macht und den tatsächlichen Praktiken existiert, so ist ihre Macht doch keine gewöhnliche. Sie ist nämlich die Fähigkeit zu definieren, wer ein Migrant ist und was es bedeutet ein Migrant zu sein. Ihre symbolische Macht ist nicht Abwesenheit von Macht (vgl. Edelman 1991). In jedem Land wird die Figur des Migranten durch die Umkehrung des Bildes vom »guten Staatsbürger« geschaffen. In Frankreich erzeugen Laizismus und Zentralismus

das Bild des Migranten als religiöser Fanatiker, der Mitglied einer Gemeinschaft ist, die die Fundamente des Republikanismus zerstören will. In Deutschland erzeugen Sozialkontrolle und Sozialpartnerschaft ein Bild eines revolutionären und sozial auffälligen Migranten. In Großbritannien lassen traditionelle und Gemeinschaftsregeln den Migranten als einen Unruhestifter erscheinen, der keinen Respekt für Anstand und gutes Benehmen hat.

Die Inkarnationen dieser Figur mögen wechseln, aber das Muster wird stärker. In der Mitte der 1920er Jahre kamen die Migranten in Frankreich aus Polen oder Italien, heute kommen sie aus Algerien oder sie sind in Frankreich geboren. Der Begriff des Migranten ist eine Methode, um jemanden als Feind der Kernwerte eines Landes, eines Staates zu definieren, und er hat nichts zu tun mit der rechtlichen Kategorie des Ausländers. Das Wort *Immigrant* ist ein Schibboleth (vgl. Bourdieu 1998).

Zugleich gibt es ein offensichtliches Paradox: Wenn jedes Land eine unterschiedliche Vorstellung vom Migranten hat, wie können dann nationale Sicherheitsagenturen, etwa auf europäischer Ebene wirksam zusammenarbeiten? Hier ist die Plastizität der Terminologie wichtig. Wenn die Franzosen den Ausdruck »Algerier« benutzen, um ihren namenlosen Feind zu benennen, dann wird das gegenüber Briten zum Problem, weil es dort eine andere Politik gegenüber dem Islam gibt. Ähnlich wäre es, wenn die deutsche Regierung gegenüber der französischen von Kurden als »Terroristen« spräche. Sie könnten auf Widerspruch treffen. Doch wenn die Sicherheitsdienste das Wort *Immigrant* als Symbol von Gefahr verwenden, dann ist Konsens möglich, denn dieses Wort kann der Fremde als Algerier sein, also jemand der als Mitglied einer ethnischen Minderheit schon die Staatsbürgerschaft besitzt, oder aber auch andere Formen von Fremden. Jedes Land kann dann den anderen gegenüber seine Ängste plausibel machen, so dass Algerier in Großbritannien und Deutschland überwacht werden wie auch Kurden in Frankreich und Großbritannien. Das kommt einem Börsenhandel der Sicherheit gleich, und dies ist in der Tat die Rolle von Europol in seiner Konkurrenz zu Interpol und nun einigen vertraulichen Kreisen innerhalb der NATO.

Das Herzstück der politischen Arbeit von Berufspolitikern ist deshalb die Beziehungen zwischen *Sicherheit* und *Migration*.

Keins der beiden Wörter ist an sich aussagefähig, keines beschreibt genaue Phänomene. Sie entstammen nicht klar erkennbaren sozialen Problemlagen, auf die Politiker aufmerksam machen. Die Beziehung zwischen Sicherheit und Migration ist voll und ganz politisch. Die Bezeichnungen sind niemals unschuldig. Beides sind umstrittene Begriffe, und sie werden genutzt, um zu mobilisieren, nicht um etwas zu erklären. Einwanderung wird in westlichen Gesellschaften zur Zeit auf eine Art und Weise problematisiert, die ganz anders ist als die alte Unterscheidung von Staatsbürgern und Ausländern. Hier geht es nicht um einen legalen Status, sondern um ein soziales Image, es geht um »die soziale Verteilung des Bösen«.

Migration wird als politisches Problem gesehen, denn sie wird als etwas in die politische Arena eingeführt, dass das politische Gemeinwesen und den Staat bedroht. Einwanderung wird seitdem als etwas Problematisches angesehen, als etwas, das durch Gesetzgebung nicht gelöst werden kann. Manche meinen, das »Problem« könne durch Kompromisse gelöst werden, mit dem Fokus auf nationale Interessen, indem etwa Immigranten als ökonomischer Vorteil gesehen werden. Aber für andere, besonders für Vertreter der Sicherheitsbehörden, ist Immigration keine politische Frage, sondern ein Sicherheitsproblem. Für sie sind Migranten ein Problem in der Vergangenheit gewesen, und sie bleiben auch heute eine heimtückische Gefahr: Der Ausdruck *Immigrant* ist nur im Kontext des Kampfes »gegen illegale Einwanderung« politisch bedeutsam oder in Zusammenhang mit der »Regulierung«, immer jedoch mit dem Effekt, durch eine Rhetorik des kulturellen Nationalismus einen Unterschied zwischen den Staatsbürgern und den Außenseitern im Innern der Staaten zu schaffen (vgl. Bigo 1996a).

Oft beruht der Diskurs, der sich »gegen« die Versicherheitlichung richtet, indem etwa die »Festung Europa« kritisiert wird, auf genau den gleichen Voraussetzungen wie der Diskurs, den er kritisiert, etwa im Bezug auf Souveränität, Staat oder politischen Körper. Dann wird der Inhalt kritisiert, nicht aber die Regeln der Formierung dieses Diskurses. Dabei sind sie es, aus denen der Sicherheitsdiskurs seine Kraft bezieht (vgl. Rea 1998; Rattansi/Westwood 1994).

Die Europäisierung der Politik hat neue Foren hervorgebracht, in denen Politiker, ob von rechts oder links, ihr »law

and order«-Programm zur Kontrolle der Migrationsflüsse vertreten, um so ihre eigene Macht zu sichern. Diese Politiker fordern, häufig mit Erfolg bei ihrer Wählerschaft, mehr Kontrollen, mehr Monitoring, mehr private Beteiligung der Unternehmen und der Bürger, um die Sicherheit der Grenzen zu konsolidieren. Sie mobilisieren Sicherheitsagenturen, fragen nach der Hilfe von Bürgern und versteigen sich in Phantasien eines internen Sicherheitsstaates, dessen überwachende Kapazitäten noch nie so stark waren wie seitdem allgemein die Schwäche des Staates beklagt wird (vgl. Weil 1998). Und doch sind die Staaten völlig unfähig, die Dinge umzusetzen, die in ihren Programmen vorgeschlagen werden.

Sicherheit wird hier von traditionellen Gruppen als die Spitze eines politischen Problems betrachtet, bei dem es gerechtfertigt sei, »außergewöhnliche Maßnahmen« und »Maßnahmen jenseits des Gesetzes« zu ergreifen. Sicherheitspolitik ist somit ein Prozess, der aus der Mobilisierung durch politische Diskurse und der Praktiken von Sicherheitsagenturen resultiert, und der auf dem Argument von Gefahr und Notständen beruht. Viele Studien vergessen den primären Effekt, dass politische Mobilisierung zur Versicherheitlichung führt. Damit reproduzieren sie auf analytischer Ebene den Diskurs der »hard-liner« oder der berufsmäßigen Sicherheitsexperten.

Sie betrachten Sicherheit als einen von der Politik zu unterscheidenden Bereich, als einen »besonderen Typ von Politik, der auf unterschiedliche Bereiche angewandt werden kann« (vgl. Buzan/Waever/de Wilde 1998). Sie verstehen Sicherheit als eine »Sphäre«, die der Armee und anderen Sicherheitsexperten zugerechnet werden kann, eine Sphäre der existentiellen Bedrohungen des Überlebens, die aus anderen Bereichen kommen würden (Buzan 1983). Damit unterstützen sie die Sichtweise der Professionellen, dass Sicherheit eine »Erklärung«, eine Lösung ist, statt diesen Diskurs selbst zu kritisieren.

Weil sie dies vernachlässigt, führt die kritische Sicht auf Sicherheitspolitik, wie sie Barry Buzan, Ole Waever und Jaap de Wilde entwickelt haben, dazu, dass militärische Diskurse ins akademische Feld über soziale und innere Sicherheit eingeführt werden. Sie wiederholen die Diskurse, die von einem Teil des Militärs geführt werden, die sich zu »Kleinen Kriegen« äußern. Diskurse, die, nach dem Ende des Kalten Krieges, erklären

wollten, dass Immigration eine existentielle Bedrohung für die nationale Identität darstellt, selbst wenn die Migranten den Staat selbst gar nicht bedrohen. Diese Theoretiker akzeptieren die »Wahrheit« darüber, was Sicherheit ist, nicht indem sie mit dem Militär übereinstimmen, sondern indem sie den Bereich der Sicherheit als einen jenseits des Politischen liegenden definieren, als einen, der mit Ausnahmezuständen und Ausnahme zu tun hat (vgl. Terriff/Croft/James/Morgan 1999; David 2000). Auf diese Weise tragen sie zu der Idee des Ausnahmecharakters dieser Politik bei. Weil sie die Illusionen des Feldes teilen, das sie analysieren, verstehen sie nicht wirklich den Effekt des Kampfes zwischen den Managern des Unbehagens, und sie teilen mit den Professionellen die Visionen über die »Wahrheit« und ihren Zwangsmaßnahmen als »Lösung«.

Einige Akteure im akademischen Feld und die Professionellen der Sicherheit nehmen an einer aktiven Strategie der Legitimierung ihrer Rolle im Feld der Migration über das politische Spiel der Integrität eines Volkskörpers und des Staates teil.¹³ Sie weisen die Heterogenität des Lebens zurück und versuchen es ständig auf Homogenität und Hierarchie zwischen verschiedenen Kategorien zu reduzieren (vgl. Veyne 1971).

Die Unterscheidung zwischen der Sicherheit des Staates und sozialer Sicherheit ist aber analytisch nicht hilfreich. Sie reproduziert lediglich den Diskurs der Professionellen der Sicherheit in ihrem Bemühen darum, eine Hierarchie von Gefahren herzustellen, die ihre Ansprüche auf Ressourcen legitimieren soll. Versicherheitlichung lässt sich nicht sinnvoll nur als diskursive Praxis bezeichnen, die um den Begriff der Ausnahme kreist, auch wenn sie darin ihren Ursprung haben mag. Versicherheitlichung funktioniert durch Alltagspraktiken, durch Machteffekte, die eher kontinuierlich als außergewöhnlich sind, durch politische Kämpfe und besonders durch Wettbewerb zwischen Institutionen im Feld der Sicherheit, in dem es um triviale Interessen geht (vgl. auch Williams 1999; Bigo 2001b).

13 Um einige Panikmacher zu nennen, die seit Anfang der 1990er Jahre zur (Un-)Sicherheit geschrieben haben: Richard Clutterbuck (1990); J. Lodge (1992); Paul Wilkinson (1990); R. Latter (1990); A. Jamieson (1992); F.J. Horchem (1995); P. Migaux (1993); Raufer (1993). Die zunehmend expandierende Liste lässt sich nach 1995 weiter fortführen.

Die Versicherheitlichung der Einwanderung ist das Resultat, und nicht die Ursache, der Entwicklung von Technologien der Kontrolle und Überwachung. Sie ist verbunden mit der Computerisierung, mit Risikoprofilen, Visapolitik, der Distanzkontrolle von Grenzen, der Schaffung von internationalen und nicht-territorialen Zonen in Flughäfen, usw. (vgl. Mathiesen 1999; Bigo 1996b; Marx 1972).

Die Analyse der Versicherheitlichung eines Referenzobjektes in einem Feld oder Sektor (Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft) ist nicht bloß als Sprechakt interessant, sondern auch weil diese Sprechakte mit strukturellen Positionen der Sprechakte korrelieren (vgl. Waever 1997). Aus dieser Perspektive resultiert die Versicherheitlichung aus Machtpositionen und nicht aus den Handlungen irgendwelcher Individuen, die Interpretationsrahmen herstellen (vgl. Deleuze/Guattari 1972; Butler 1996); sie resultiert aus Auseinandersetzungen im Innern von Institutionen und zwischen Institutionen darüber, was als legitime Wahrheit gelten darf. Wenn man sich nur auf die Rolle politischer Diskurse im Prozess der Versicherheitlichung bezieht, dann unterschätzt man die Rolle der bürokratischen Professionalisierung im Management der Angst.

Sicherheit und Einwanderung: Sicht eines professionellen Managers des Unbehagens

Die dialektische Beziehung zwischen Politikern und den professionellen Managern der Angst impliziert, dass die Institutionen der Angst nicht nur auf Bedrohung antworten, sondern dass sie auch bestimmen, was als Risiko und Bedrohung gilt und was nicht. Sie tun das als »Professionelle«. Ihre Mitarbeiter sind damit beschäftigt, Bedrohungen zu definieren und Prioritäten herzustellen. Sie klassifizieren Ereignisse nach ihren eigenen Kategorien. Während Autounfälle gegenwärtig eher als »Ungeschick«, denn als Bedrohung betrachtet werden, geraten andere Ereignisse in den Beurteilungen der »Professionellen« in den Status einer Gefahr oder zum Risiko, das sie kontrollieren müssen. Natürlich können »Amateure« im Sicherheitsprozess (Verbände, Kirchen, Oppositionsparteien, engagierte Bürger) in diesem Spiel intervenieren und die Beurteilung des Immigranten als »Risiko« in Frage stellen. Aber die Professionellen haben

den Vorteil, dass sie öffentliche Gewalt ausüben.¹⁴ Sie verfügen über das institutionelle Wissen zu Bedrohungen, und sie haben die Technologien, die man braucht, um auf diese »Bedrohungen« zu antworten. Sie profitieren, von dem Glauben, dass sie etwas wissen, dass »wir« (Nicht-Professionelle, Amateure) nicht wissen, und dass sie über spezifische Handlungsformen verfügen, die wir nicht kennen.

Ein besonderes Charakteristikum dieses Diskurses ist der Mangel an Präzision, mit dem Bedrohungen von den Professionellen konstatiert werden, zu denen sie »geheimes Wissen« haben. Amateure müssen ihre Behauptungen immer belegen, während die Professionellen, egal ob öffentliche oder private, nationale oder internationale Dinge behaupten können, ohne sie zu beweisen. Sie generalisieren oft von einem einzigen Fall, um das Publikum dazu zu veranlassen, zu glauben, dass die Bedrohung weiter verbreitet ist als erwartet. Das Ethos dieses geteilten Wissens zwischen den Professionellen, ein Wissen, das jenseits der Kenntnisse von Menschen liegt, die das »Know-how« der Risiko-Einschätzung nicht kennen, ist also das Ethos des Geheimnisses und der Vertraulichkeit. Es schafft eine Gemeinschaft der gegenseitigen Anerkennung und es regiert eine Logik der impliziten Akzeptanz von Behauptungen, die von Professionellen gemacht werden, nicht nur im Hinblick auf den Inhalt dieser Behauptungen, sondern auch bezogen auf die Form und die Technologien, mit denen dieses Wissen erworben wird. Die Technologie, wie etwa die Satelliteninformationen, die Echelon bereitstellt, oder die Datenbanken, die Europol und Interpol bereithalten, soll die Wahrheit der Daten garantieren, die sie aufbewahren. Das Ethos, das dadurch erzeugt wird, impliziert spezifische Weisen von Vertrauen und Misstrauen. Im professionellen »Universum des Bedrohungsmanagements« geht es deshalb immer weniger um den Einsatz von Gewalt gegen ein Individuum und immer mehr um das Geschäft einer Bank, die Kredite über Kundenprofile verwaltet.

Der Begriff des Habitus ist in diesem Zusammenhang sehr hilfreich. Er hilft nämlich zu verstehen, wie die Methode der Antizipation von Ereignissen durch morphologische Technolo-

14 Vgl. dazu die Kritik zu John Austin von Pierre Bourdieu (1982) oder Bourdieu (1991).

gien als Vorhersage der Bewegungen von Gruppen im Raum wie auch ihres Verhaltens dazu führt, dass ein »Aktienmarkt« von Bedrohungsängsten auf transnationaler Ebene entsteht, dessen Wissen gegenüber Außenstehenden abgeschottet wird. Dieser Habitus vereint die Mitglieder von so unterschiedlichen Diensten wie des Zolls, der Polizei, der Geheimdienste, und der Banken, die an Risikoeinschätzungen arbeiten, sowie der Lieferanten von neuen Technologien der Überwachung. Sie teilen einen spezifischen »Sinn des Spiels«. Sie nehmen an einer gemeinsamen Illusion teil, denn sie glauben und verhalten sich in ähnlicher Weise auch wenn sie zueinander in Wettbewerb stehen. Die Professionellen des Sicherheitsfeldes sind alle »Manager der Angst«. Für dieses Feld, das Management der Angst, haben sie eine beträchtliche Autonomie erreicht. Es ist ihnen gelungen, »Sicherheit« als ihr Feld zu monopolisieren, das nicht mehr das Feld nationaler Politiker ist. Sie haben die Sicherheit zu ihrem legitimen Objekt gemacht, durch ihre Diskurse, aber auch durch den Einsatz von Zeit, statistischer Apparate und anderen Routinen, die politische Bezeichnungen glaubhaft machen.

Dieses Feld der professionellen Sicherheit ist zunehmend transnational organisiert. Es verbindet Bürokratien über bestimmte Bedrohungen, die gemeinsam kontrolliert werden müssen: die Migration, die reguliert werden muss, eine Umwelt, die geschützt werden soll, eine Terrorist, der bekämpft werden muss, und am Ende eine Bevölkerung, die sich Sorgen darüber macht, von Barbaren umgeben zu sein und die von der Idee ihrer untergehenden Zivilisation besessen ist (vgl. Hassner 1996). Diese Internationalisierung ist besonders für die Europäische Union bedeutsam, wo die professionellen Manager der Angst, ihre eigenen Foren und Netzwerke ausgebildet haben, manchmal entgegen den Absichten ihrer nationalen Politiker. In manchen Domänen jedoch haben ihre Netzwerke auch eine transatlantische Dimension.

Die Versicherheitlichung wird also erzeugt durch eine Konfrontation zwischen den Strategien politischer Akteure (oder von Akteuren, die Zugang zur politischen Bühne über die Medien haben) im nationalen politischen Feld, und den Sicherheitsprofessionellen auf transnationaler Ebene (öffentliche und private Bürokratien des Management der Angst) und durch

den globalen sozialen Wandel, der die Möglichkeiten der Grenzkontrolle verändert. Der Prozess der Sicherheit ist also das Resultat eines Feldeffektes, in dem es keinen zentralen Akteur und keine »Meister des Spiels« mehr gibt, sondern in dem das Wissen aller Beteiligten und technische Ressourcen eine Hierarchie der Bedrohungen erzeugen. Der Prozess umfasst also die Durchsetzung einer Behauptung über Sicherheit, die verstanden wird als die »Wahrheit« von Institutionen und »unabhängigen Experten«. Diese »Wahrheit« wird unterstützt durch das Wissen verschiedener Sicherheitsagenturen, seien sie privat oder staatlich, und durch den vorherrschenden Diskurs in den Medien (vgl. Bigo 2000b).

Versicherheitlichung ist also die Verwandlung eines politischen Diskurses in einen Diskurs der Wahrheit durch die Professionellen des Bedrohungsmanagements, die damit ihre institutionellen Interessen verfolgen.

Im Gegensatz zu manchen Erklärungen über Versicherheitlichung von Migration wurde die Immigration nicht einfach zum Sicherheitsproblem zum Beispiel in den Jahren der ökonomischen Krise um 1974 oder mit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Immigration wurde zum Sicherheitsthema, weil es von Professionellen des Sicherheitsmanagements so bezeichnet wurde, damit sie ihre Positionen sichern konnten und um bestimmte Formen ihres institutionellen Wissens (Militär, Polizei, Geheimdienste) in etwas zu verwandeln, das Bedeutung hatte. Migration funktionierte darin als eine Referenz, um die herum ein Netzwerk von Bedeutungen mit Sicherheitsrelevanz entstand, dass es jeder Bürokratie erlaubte, an andere etwas zu verkaufen, um so im engeren Sinne eine Hierarchisierung der Ängste zu erreichen. Immigration ist also mit anderen Worten ein Schlagwort, ein Schibboleth, in dem die institutionellen Aussagen bezogen auf Sicherheitsnormen auf den innenpolitischen und internationalen Ebenen konvergieren. Die »neuen Bedrohungen«, mit denen sich Polizei, Militär, der Zoll und Geheimdienste beschäftigen, konvergieren in diesem Punkt (vgl. Katzenstein 1996).

Die Gegenwart ist in dieser Hinsicht besonders interessant. Innen und Außen haben keine klare Bedeutung mehr für die Professionellen des Bedrohungsmanagements. Das Möbius-Band hat den traditionellen Begriff der Grenze ersetzt. Es de-

stabilisiert die Figuren von Bedrohungen wie auch die Grenzen der Aktivitäten von Institutionen. Während des Ost-West-Konflikts wurde militärische Bedrohung mit der Sowjetunion identifiziert und die Polizei beschäftigte sich mit Verbrechen. Die Bewegung von großen Menschengruppen, ein Thema schon der zwanziger Jahre, schien während des Kalten Krieges unproblematisch. Ideologie und die Zirkulation von Menschen wurden nicht in einen Zusammenhang gebracht, außer in der Idee der »fünften Kolonne Moskaus«, die den Westen infiltrieren sollte. In Europa hat die Schaffung der Europäischen Union, die Implementierung des Schengen-Abkommens und die Abschaffung der Grenzkontrollen die Situation verändert. Mit dem Ende der Bipolarität und der Krise des Militärs musste sich auch die Gestalt des Feindes entwickeln. Militärische Organisationen brauchten andere Feinde als die Sowjetunion. Zur gleichen Zeit erfanden Polizisten auf der EU-Ebene den Begriff der »inneren Sicherheit«, um die Zusammenarbeit zwischen Polizeiorganisationen zu befördern und um die Überwachung auf Menschen auszudehnen, die die Grenzen innerhalb Europas überschritten. In einigen Militärkreisen verband sich diese Idee mit der Vorstellung einer südlichen Bedrohung, so dass die Aufgabe der Überwachung auf Menschen aus dem Ausland ausgedehnt wurde.

Wie Pierre Bourdieu gezeigt hat, können wir die Autonomisierung eines Feldes dadurch erklären, dass innerhalb eines bestehenden Feldes Normen und Ideen verändert werden, weil es in diesem Feld Konflikte gibt. Dann wird Kreativität wichtig, auch wenn Kreativität hier lediglich die Regression eines schon bestehenden Habitus und das Überschreiben von bekannten Geschichten mit alten Grammatiken bedeutet. Diese Analyse der Sicherheit zeigt, dass die Vermischung von interner und externer Sicherheit die Bedingung der Möglichkeit produziert hat, durch die der Migrant von beiden Seiten zum Objekt der Versicherheitlichung wurde. Das »Feld der Sicherheit«, in dem Polizisten nun Geheimdienstmitarbeiter und Militärs treffen, um einen weiteren Begriff der Sicherheit zu formulieren, konzentriert sich jetzt auf den Migranten als eine interne und externe Bedrohung. Nicht der innere und der äußere Raum haben sich verändert, und es ist auch nicht so, dass die internationale Sicherheit sich nun in einem innergesellschaftlichen Bereich äu-

ßern würde. Sondern in der Figur des Migranten konvergieren zwei Bewegungen der Redefinition von Sicherheit und Gefahr.

Aber was ist der Immigrant für die Professionellen der Sicherheit? Der akademische Begriff als die Bewegung von Menschen, die als Fremde in einem Land ihrer Ankunft bleiben wollen, hat für die Sicherheitsdiskussion keine Bedeutung. Für die Bedrohungsmanager ist Immigration automatisch ein Feld, in dem sie mit ihren Technologien experimentieren können. Erst in zweiter Hinsicht denken sie an Grenzen, die geschützt werden müssen, seien es die einer politischen Gemeinschaft, einer Gruppe oder einer Identität. Die Akteure im Feld der Sicherheit erfinden den Immigrant nach ihren eigenen Fantasien. Es hängt sozusagen von der Kreativität der Akteure ab, welches Bild sie erzeugen. Experten aus Militärkreisen verweisen auf die Existenz von »rogue states«, gescheiterten Staaten und der Beziehung zwischen Diasporas und ihren Herkunftsländern. Geheimdienste vermuten, dass Terrorismus aus dem Ausland von Immigrant unterstützt wird. Polizisten erklären den Anstieg der Gewalt durch die Aktivitäten von Immigrant und ihren Kindern, die nicht hinreichend sozialisiert wären. Journalisten rufen das Gefühl von Unsicherheit bei der Bevölkerung hervor. Ökonomen veranschlagen die Risiken für den Wohlfahrtsstaat durch neue Lasten. Gesundheitsexperten beschuldigen Immigrant, eine Gefahr zu sein, weil sie neue und alte Viren importieren würden. Akademiker schließlich verbinden all diese verschiedenen Ängste in einem Gemälde der »kulturellen Gefahr«, auch wenn sie nicht präzise sagen können, warum die verschiedenen Kategorien so stark variieren.

Im Zentrum des »Wissenschaftlichen Diskurses zur Migration« liegt ein Diskurs über Einwanderung, der Migration als Gefahr und Bedrohung sieht. Und je stärker die Bedrohungen als unsichtbar und diffus betrachtet werden, desto mehr hat es den Anschein, dass sie »von nirgendwo« kommen. Darauf beruht die Katalyse verschiedener Ängste und die Erzeugung falscher Vorstellung über, zum Beispiel, das transnationale organisierte Verbrechen, eine globale Mafia, und illegale Immigration, die wiederum die Wachsamkeit von Institutionen rechtfertigen. In diesem Kontext ist es besonders bedeutsam, dass das Wort Immigration sehr Unterschiedliches bezeichnet, den Kurzaufenthalt ebenso wie ein längeres Bleiben, aber auch die Kin-

der von ausländischen Eltern. Weil Immigration ein Schlagwort ist, umfasst es verschiedene Aspekte der »Bedrohung«, die sehr heterogen sind, aber im selben Wort zusammengefasst werden (Bigo 1998b).

Der Kontext ist also wichtig. Unter anderen Umständen wird die Bewegung als eine normale Tatsache des sozialen Lebens betrachtet. In einigen westlichen Staaten wird es zum Beispiel als ungerechtfertigt betrachtet, einen jungen Staatsbürger als Immigrant zu bezeichnen, bloß weil seine Eltern im Ausland geboren wurden, etwa in Frankreich. Aber im Kontext einer moralischen Panik, in der der Wohlfahrtsstaat zum strafenden Staat wird, betrachtet man dies als normal und selbstevident, weil Abweichungen vom normalen Verhalten von den Professionellen als ein Angriff auf die politische Gemeinschaft verstanden werden.

Gefangen in dieser Normwelt erlaubt der Verweis auf die Migration, die Heterogenität der Gesellschaft als eine Folge der Immigration zu erklären. Die Versicherheitlichung der Migration ist deshalb ein Prozess, der ständig Unsicherheit und allgemeine Ängste auf die spezifische Kategorie des Migranten zurückführt (vgl. Foucault 1969; Deleuze 1986).

Sicherheit und Migration: Techniken für das Management des Unbehagens

Die programmatische Begründung des Unbehagens – um die Unterscheidung von Ewald zwischen programmatischer und diagrammatischer Rationalität zu verwenden – strukturiert die diskursive Entwicklung hinsichtlich der Migration. Aber das Programm ist nicht das Diagramm. Das Diagramm funktioniert über Institutionen, über das Panoptikum moderner Gesellschaften und ihrer Widerstände. Aber zunächst ist es wichtig das Programm zu analysieren, die Begründung, die Versicherheitlichung und Liberalismus miteinander verbindet. Denn dies sind keine Gegensätze, wie man zunächst annehmen kann, sondern derselbe Prozess. Das Programm der Versicherheitlichung integriert die soziale Konstruktion von Bedrohung und verschiedenen Ängsten mit dem Verweis auf Probleme, die den Staat, die Grenzen, Städte, Demokratie und Staatsbürgerschaft betreffen, als ob diese die Folgen von Immigration seien (vgl. Ewald

1996). Die internen Debatten innerhalb dieses Programms zwischen den Sicherheitsdiskursen (über Blockaden, Ausweisung, Abschreckung und Überwachung) und den humanitären Diskursen (über die Notwendigkeit eines Sozialstaates, niedrige Geburtenrate und Menschenrechte von Asylsuchenden) verdecken diese allgemeinen Voraussetzungen der Versicherheitlichung. Tatsächlich ist der zweite Typ des Diskurses – der humanitäre – selbst ein Nebenprodukt des Prozesses der Versicherheitlichung.

So ist zum Beispiel der Diskurs über Menschenrechte von Asylsuchenden de facto ein Teil des Versicherheitlichungsprozesses, wenn die Unterscheidung zwischen Asylsuchenden und illegalen Migranten übernommen wird, bei der ersteren durch die Verdammung letzterer geholfen wird, was aber die Kontrolle der Grenzen an sich rechtfertigt (vgl. Bigo 1998c). Mit der Rationalität dieses Programms (wofür der Begriff moralische Panik verwendet wird, obwohl man damit nur die repressive Seite beleuchtet) wird das Wort Immigration ein Begriff für die Katalyse von Ängsten und Befürchtungen vor wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen in den westlichen Ländern. Es wird zum Inbegriff von Schrecken und Konfusion über nationale kulturelle Identitäten wie auch von den Schwächen der Solidaritätsmechanismen. Es ist die Terminologie, durch die eine Artikulierung oder sogar Fusion produziert wird, die einen stark generalisierten Diskurs über globale Sicherheit erlaubt, statt dringende Analysen zu hoch diversifizierten Prozessen wie Globalisierung, Städte, Arbeitslosigkeit und Geburtenrate durchzuführen (vgl. auch Wieviorka 1988). Es ist diese generalisierte »diskursive Formation«, welche die Arbeitslosigkeit auf eine simple Kausalität reduziert: Immigranten würden Einheimischen die Jobs wegnehmen. Diese Aussage benötigt aber die Erfindung der binären Kategorien von Einheimischen und Immigranten (vgl. Le Bras 1998). Dieser Formation ist es auch geschuldet, dass die Zirkulation von Individuen (was den Tourismus einschließt, den Genuss des Reisens, allein die Möglichkeit, dies zu tun und sogar das Gefühl einer europäischen Staatsbürgerschaft, die über die nationalen Grenzen hinaus geht) auf Probleme reduziert wird, wie die Zirkulation von Drittstaatenangehörigen und die Risiken des Terrorismus, Dro-

genhandels oder des organisierten Verbrechens, Risiken, die von Drittstaatenangehörigen erwartet werden (vgl. Bigo 1992).

Die Techniken zum Management von Angst und die soziale Aufteilung des »Bösen« mobilisieren den Begriff Immigrant für jede Schwäche der politischen Strategie. Durch dieses Label des Immigranten werden zum Beispiel religiöse Traditionen und ihr Platz in der säkularen Moderne reduziert auf das Problem des Aufkommens eines intoleranten und radikalen Islams, indem einige autoritäre Regime in Verbindung gebracht werden mit Individuen, die auf dem Gebiet der EU leben (Césari 1997). In diesem Kontext taucht auch die sehr wichtige Frage der geographischen Segregation auf: Städte sind verbunden mit kapitalistischen Strukturen und Immobilienspekulationen wie auch mit solidarischen Konzeptionen, wie öffentlicher Verkehr, urbane Sicherheit, Umwelt und Wohlfahrt im Allgemeinen. Dies ist mit anderen Themen verbunden, wie »Innenstadt und Kommunitarismus« oder »Unruhen in der Vorstadt«, die sehr schnell als Problem der »Jugend der zweiten Generation« aufgefasst werden (Body-Gendrot 1995; Ceyhan 1997). Das Herausbeschwören der Figur des Immigranten ist die Konsequenz dessen, dass viele ungelöste strukturelle Fragen in diesen Raum zusammen fließen, wo politische Lösungen fehlen (Arbeitslosigkeit, Stadtplanung, Demographie, das Nord-Süd-Gefälle, usw.). Paradoxerweise ist es auch eine Folge der unscharfen Definition von kollektiven politischen Identitäten in Europa, die zu der Definition der Europäer als homogener Körper nur in Beziehung zu Drittstaatenangehörigen oder Migranten führt und den Europäern erlaubt zu vergessen, dass sie selbst Migranten sind.

Wer kann sich jetzt noch erinnern an die Angst von Großbritannien oder Frankreich vor zehn Jahren vor dem Einströmen griechischer Migranten und den Risiken, die sie mitbringen würden? Die eingeführte Unterscheidung von EU- und Nicht-EU-Staatsbürgern hat die Beziehung zur Identität verändert, indem eine Assoziation von Immigranten nur mit Drittstaatenangehörigen oder »Schwarzen« erzeugt wurde. Immigrant bezeichnet den Anderen durch den Prozess einer Identitätsgrenze des »zwischen uns« (Kastoriano 1998). Er oder sie ist der Insider, der der europäischen Gouvernamentalität über den Staat hinaus eine Form gibt. Braucht womöglich die Unschärfe der

umgebenden Zugehörigkeit und die sich verändernde politische Mitgliedschaft zu Europa notwendigerweise die verschwommene Figur des Immigranten? Die Grenzen der Staatlichkeit stehen auf dem Spiel und unterliegen einer Neukonfiguration gemäß dieser Beziehungen (vgl. Crowley 1998). Wie auch immer, die Komplexität des Sozialen und das Spiel der Grenzen wird vergessen oder verleugnet durch den Diskurs über Versicherheitlichung, der die Benennung eines Schuldigen vorzieht, dessen Unschärfe eine ad hoc Instrumentalisierung ermöglicht.

Ängste, Unruhen, Befürchtungen, die aus den Defiziten der Politik hinsichtlich der Erfüllung ihrer Pflichten auf lokaler, nationaler oder auch europäischer Ebene entstehen, werden wiederum zur Legitimation der Politik genutzt, indem ein Gegner und sogar ein interner Feind definiert wird. Diese Politik ist aber eine sehr extreme Politik, eine degenerierte Version von Carl Schmitt, bei der die Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist und Diskurse verbreitet werden, die die Behauptung aufstellen »die Gesellschaft muss verteidigt werden« – etwas das Michel Foucault am Fall von Rassismus demonstriert hat. Es ist ein »kriegsbasiertes Gemeinwesen«, die Voraussetzung für eine generalisierte Konfrontation, die nicht mehr fähig ist, zwischen privaten und öffentlichen Feinden zu unterscheiden. Indem behauptet wird, es bestehe die Notwendigkeit des Überlebens um jeden Preis, ein realer und permanenter Kampf, verankert in einer Eschatologie der schlimmsten Art, wird eine Notfallpolitik generiert, eine Angstpolitik, die jeglichen Wandel und jedwedes Risiko in eine intendierte Bedrohung oder einen Feind verwandelt. Das ist die wichtigste Technik der Versicherheitlichung: strukturelle Schwierigkeiten und Transformationen werden in Elemente verwandelt, die es ermöglichen, spezifische Gruppen zu beschuldigen, noch bevor sie irgendetwas getan haben, nur indem sie kategorisiert werden. Risikoprofile werden aus früheren Trends antizipiert und durch die Generalisierung des potentiellen Verhaltens eines jeden Individuums betreffend der Risikokategorie erstellt.

Dieser auf Befürchtungen gegründete Sicherheitsprozess ist eine politische Herrschaftsmethode, die die Angst gegen einen Feind kanalisiert, der immer unscharf bleibt und schwierig zu fassen ist, während gleichzeitig eine Politik des Vergessens (oft

unbeabsichtigt) gegenüber den Konsequenzen der strukturell-öffentlichen Politik betrieben wird, die vor 20 oder 30 Jahren eingeführt wurde. Der auf Angst gegründete Sicherheitsprozess wird den Disziplinarmethoden beigelegt und stärkt die Legitimität der permanenten Überwachung, die angeblich immer für die »Anderen« bestimmt ist, für die schlechten Bürger. Ihre soziale Unsichtbarkeit führt in einigen Fällen (wenn Zeichen des Handelns gezeigt werden müssen) durch Formen der Xenophobie zu einer Strategie der »Sichtbarkeit«, bei denen Kriterien erfunden werden (Hautfarbe, religiöse Praktiken, kulinarische Praktiken), die Sie von Uns trennen. Dem Verbrechen ein Gesicht geben heißt daher dem Migranten ein Gesicht geben.

Diese Herrschaftsmethode spielt mit den innersten Bestandteilen der Angst und Unsicherheit, die in die heutige Risikogesellschaft eingepflanzt sind, um diese wiederum zu festigen, entweder auf der Ebene von Nationen, intermediärer kollektiver Gruppen oder von Individuen. Diese Machtmethode vereint interne und externe, individuelle und kollektive Sicherheit und versucht das Vertrauen in den Staat wieder herzustellen und zwar nicht über austeilende Sicherheiten, sondern indem Menschen beunruhigt werden, darüber was sowohl intern als auch extern passiert. Das daraus resultierende Weltbild ist dominiert von Chaos und urbaner Unsicherheit.

Als Resultat dieser Immigrationshypothese möchte ich – in Erweiterung zur Arbeit von Michel Foucault – behaupten, dass die Versicherheitlichung der Immigration, die Einführung immer restriktiverer Normen, die Ablehnungs- und Internierungspraktiken an der Grenze, die Stärkung eines »internen Sicherheitsstaates« auf Kosten des Wohlfahrtsstaates, Zeichen einer generellen Transformation sind, in der die auf Befürchtungen und Unruhe basierende Form der Gouvernamentalität eine Macht ablöst, welche vor allem ein Garant für Sicherheit und Schutz sein sollte (Delumeau 1989). Die Gouvernamentalitätsform postmoderner Gesellschaften ist kein Panoptikum, bei dem die globale Überwachung jeden einzelnen betrifft, sondern eine Form des *ban-opticon*, bei der die Überwachungsmethoden ein Auswahl treffen, wer überwacht werden soll und wer aufgrund seines Profils davon ausgenommen wird (vgl. Bigo 2000c). Diese Form des vor- und nach-Hobbesianischen Staates scheint auf die Idee des sozialen Vertrags gänzlich zu verzich-

ten und transformiert die Angst in einen Herrschaftsmodus. Die Betonung liegt nicht länger auf der Förderung und dem Schutz der individuellen Entwicklung, vielmehr wird mit dem Verweis auf potentiell gefährliche Minderheiten mit Ängsten gespielt. Weder reduzierbar auf Herrschaft und Bestrafung noch auf Bio-Politik und Macht über das Leben stützt sich diese politische Methode auf proaktive, antizipierende und morphologische Techniken, die eine chaotische Zukunft mit einem minimalistischen Management bewältigen sollen, das sich nur noch auf riskante (als solche identifiziert) oder auf gefährdete Gruppen bezieht.¹⁵

Das heißt nicht, dass das Programm des *ban-opticon* (das hauptsächlich aber nicht nur ein Programm der dominanten Akteure ist, die miteinander im Wettstreit stehen, Bedrohungen zu definieren und Maßnahmen dagegen zu entwerfen) einfach implementiert werden kann, ohne dass nicht auch lokaler Widerstand geweckt wird (entweder kollektiv oder individuell). Es gibt eine erhebliche Distanz zwischen dem Mythos der Macht, der das Soziale durchdringt und die Gesellschaft vollständig kontrolliert und den vielfältigen und komplexen Praktiken der »Machteffekte«. Diese Machteffekte sind aufgrund der »Mikrophysik« der Kämpfe zwischen den Dominanten, den Experten usw. schwieriger zu kalkulieren als man glaubt. Das Programm der »sicheren« Immigration mit dem Ziel der absoluten Kontrolle kann unvorhersehbare grenzüberschreitende (im Sinne von Klassen und Nationen) Widerstände hervorbringen – wie dies der Kampf der nicht registrierten Migranten in Frankreich (*les sans papiers*) und der Kampf gegen Abschiebung auf den internationalen Zonen der Flughäfen zeigen. Diese Zonen, bei denen der Staat sich weigert, sie als Teil seines Territoriums anzuerkennen und dennoch möchte, dass sie unter seine Souveränität fallen, sind heute der zentrale Brennpunkt der Spannung zwischen Globalisierung und des territorialisierten Kontrollapparats. Die Aufrechterhaltung der Souveränität ist aber nur durch transnationales Handeln möglich, was jedoch ein wenig mehr von der Vision des Gemeinwesens als Körper zerstört. Die Konsequenzen gehen über die »lokalen« Kämpfe

15 Zu dem Phänomen »Proaktivität« empfehle ich als weiterführende Literatur das Journal *Deviance et Société* 1 (1997).

hinaus und beinhalten die Bildung eines Netzwerkes, das den sozialen Widerstand auf globaler Ebene organisiert.

Und dennoch, während die Normen und praktischen Bedingungen der Demokratie verändert werden, konzentrierte diese auf Angst beruhende Gouvernamentalität die Mittel, das Verhalten anderer Menschen zu lenken, in den Händen derjenigen, die administratives Managementwissen über Angst und Risiken besitzen. Diese Gouvernamentalität ergriff zum eigenen quasi-exklusiven Nutzen die Disziplinierungs- und Überwachungsmethoden, die es ermöglichen, »Verhalten zu steuern« und die Struktur des Staates selbst zu verändern. Diese Gouvernamentalität entledigte sich einiger Akteure, wie das Parlament, das für lange Zeit von dieser Konzentration profitierte. Es verändert alte liberale Regierungsmethoden und den Diskurs zu checks and ballance. Heutzutage sind es die Regierungen und ihre Bürokratien (und nicht die territoriale Form der Staaten), die ihre Kontrolle über die Gesellschaft festigen und mehr denn je ausdehnen, wie über die Auslagerung von Herrschaftsaktivitäten in den privaten Sektor (beispielsweise bei der Ausweiskontrolle in semiöffentlichen Orten oder bei der Gepäck- und anderen Kontrollen an Grenzen).

In Europa entfaltet sich diese Gouvernamentalität auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene und hat sogar eine transatlantische Dimension. Sie verstärkt die internationale Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bürokratien, hält eine Rhetorik der Angst hinsichtlich jeglicher Schwächung territorialer und souveräner Methoden aufrecht, während sie in der Praxis weniger an der Kontrolle über Territorium als vielmehr an der Kontrolle über Menschen interessiert ist (vgl. Bigo 1996a). Sie transnationalisiert sich selbst in ein »Außerhalb« der Grenzen und strukturiert die Beziehungsrahmen zwischen Verwaltungen, zwischen der »exekutiven Macht« eines jeden Landes. Sie baut die Sicherheitsdienste auf Kosten von sozialen Einrichtungen aus, indem eben jene Einrichtungen in Sicherheitshelfer verwandelt werden. All dies geht nicht ohne neue Konkurrenten und der Kampf zwischen Trägern von staatlichen Verwaltungswissen und internationalen Organisationen wird in der Tat immer stärker, wie dies auch an den verhüllten Kämpfen zwischen der Europäischen Kommission und den Regierungen im Rat der Europäischen Union sichtbar wurde. Aber es ge-

winnt immer die Verwaltungsmacht und Verfahren der öffentlichen Deliberation werden abgelehnt.

Sogar wenn NGOs intervenieren, können sie das nur tun, wenn sie professionell werden, indem sie diese Art von Wissen produzieren. Die transnationale Mobilisierung von Verwaltungswissen schreitet schneller voran als die Mobilisierung, die aus alternativen Quellen kommt, wie die von Parlamenten oder Vereinigungen. In dieser Hinsicht ist es schwierig von »Herrschaft ohne Regierung« zu sprechen (Holsti 1992), wie dies einige Internationalisten tun. Herrschaft ist eigentlich eine Ausdehnung der Regierungspraktiken und des Verwaltungswissens außerhalb der »Öffentlichkeit«. Es muss als Mechanismus der Dominanz analysiert werden und nicht als ein neues Wort, welches Thesen zur Polyarchie wieder aufleben lässt. Das ist der Grund, warum ich das Wort Herrschaft vermeide und Gouvernamentalität vorziehe – womit die Art der Beherrschung als Handlungs- und Verhaltensstrategie in Beziehungen gemeint ist.

Gouvernamentalität durch Angst, sei es national oder transnational auf europäischer Ebene, verändert die internen Balancen zwischen Sicherheit und Freiheit und erweitert den Bereich der Kontrollen. Folglich ändern sich die Formen der Beherrschung (domination) aber nicht die beherrschenden (dominating) Akteure, selbst wenn (an den Rändern) die globale Rekonfiguration eines transnationalen Sicherheitsfeldes einige Agenturen benachteiligt (Strategen, konventionelle Soldaten) wie auch einige Orte (Parlamente) und andere befördert (Orte des lobbying, antiterroristische Polizeiaagenturen, Geheimdienste, Zölle und Gendarmerien). Wie Hamit Bozarslan gezeigt hat, kann es passieren, dass die Exekutive sich auch durch die Zerstörung von Staatsformen (Rechtsstaatlichkeit) am Leben erhält, was auch zu einigen Widerständen führt (legale und internationale Normen und die Anwendung dessen).¹⁶

Die Verteidigung des Rechts gegen die Verwaltung (wie z.B. Orte der Deliberation gegen Geschwindigkeit oder »Dromocracy«, oder Maßnahmen des Vertrauens gegen Maßnahmen systematischer Verdächtigung) ist nicht unwichtig. Die Erfindung

16 Hamit Bozarslan, »L'État et la violence au Moyen-Orient« wird in *Les Annales* veröffentlicht.

verschiedener Normen der Emanzipation ist ebenfalls bedeutend, wie dies Ken Booth (1991) und R. B. J. Walker (1997) auf verschiedene Weise betont haben. Generell sollte die Gemeinschaftsproduktion von Sicherheit, wichtig im Kampf gegen das Verbrechen, vom Migrationsthema entkoppelt und von der Gemeinschaftsproduktion von Freiheiten und Garantien begleitet werden, so dass die Schwachen und Neuankömmlinge in einem Land nicht zum exklusiven Angriffsziel einer Politik gegen die Kriminalität werden. Sicherheit sollte daher eine andere Bedeutung bekommen, unabhängig von den Interessen der Politiker und den Experten des Unbehagens. Wissenschaftler können sich dabei nicht als passive Zuschauer präsentieren. Ihre Analysen, auch die kritischsten, werden von Akteuren des sozialen und politischen Zusammenspiels genutzt. Sie nehmen *nolens volens* an der Produktion der Geschichte der Versicherheitlichung der Immigration teil, wenn sie nicht die Veränderung der Verwaltungspraktiken beschreiben. Ein Rückzug in die reine Theorie ist nicht möglich, dennoch sind Akademiker keine Schlüsselakteure im Prozess der (Ent-)Versicherheitlichung.

Daher muss die Struktur des politischen und bürokratischen Zusammenspiels auf einer dialektischen Grundlage analysiert werden, um das »politische Spektakel« zur Versicherheitlichung der Immigration besser verstehen zu können (vgl. Edelman 1991). Die verschiedenen diskursiven Praktiken müssen genauso durchdrungen werden wie die Heterogenität der nicht-diskursiven Praktiken, die zusammen eine Einheit darstellen, (Gesetzeseinrichtungen, politische Rhetorik, Polizeipraktiken, Überwachungstechnologien, Menschenrechtsdiskurse, Widerstand von Akteuren, usw.) um ein Verständnis für die Artikulation von Wissen und Machtbeziehungen entwickeln zu können (vgl. Dreyfus/Rabinow 1984). Die diskursive Transversalität der Figur des Immigranten muss in all ihren Verdrehungen, Wendungen und Bedeutungen erfasst werden, die die Figur mit den verschiedensten strukturellen Problemen und mit der Figur des souveränen Staates selbst verbindet.

Die Gründe für einen Diskurs der »Regulierung« und die Verschiebung von einem bewahrenden Diskurs mit dem Ziel der Entfaltung hin zu einen Diskurs über Anstieg der Unsicherheit mit der Absicht zu stören und zu beunruhigen, bedarf

der Forschung entlang der Kriterien von Foucault und Ericson, Bourdieu und Wacquant. Dies ist nur möglich mittels einer detaillierten Analyse über die Positionen der Autoritäten, die eine Bedrohungsdefinition in allen Bürokratien befördern, ob öffentlich oder privat. Die Folge dieses quer durchlaufenden und transnationalen Feldes des Managements des Unbehagens außerhalb des Nationalen, welches die Praktiken und das Wissen der verschiedenen Agenturen in Europa miteinander verbindet, muss ebenso analysiert werden. Und dabei gilt es zu fragen, was diese Gouvernamentalität herausbildet und wie sie sich historisch mit der Figur des Staates gleichsetzt. Diese Analyse, gegründet auf einem soziologischen Konstruktivismus, benötigt eine Reflektion über diskursive Interaktion – über die Positionen der dominanten Sprecher, der Vertreter der Institutionen. Sie muss die interne Logik des Feldes der Experten beim Management des Unbehagens analysieren – die Logik, welche das Gesprochene und das Unausgesprochene hinsichtlich der Immigration und die Praktiken der Sicherheitsagenturen strukturiert. Denn, um es mit Alexander Wendt zu beschreiben, »security is what the professionals of unease management make of it« (Wendt 1992). (Übersetzung von Klaus Schlichte und Margarete Misselwitz)

Literatur

- Abdelmalek, Sayad (1999): »Immigration et pensée d'Etat«. In: Actes de la recherche en sciences sociales, S. 5-15.
- Anderson, Malcolm (1996): Frontiers: Territory and State Formation in the Modern World, Cambridge: Polity.
- Anderson, Malcolm/Den Boer, Monica (1994): Policing across National Boundaries, London: Printer
- Anderson, Malcolm/Den Boer, Monica/Cullen, Peter/Gilmore, R. C./Walker, Neil (1996): Policing the European Union, Oxford: Clarendon.
- Andreas, Peter (2001): Border Games: Policing the U.S.-Mexico Divide, Ithaka, New York: Cornell UP.
- Ashley, Richard/Walker, R. B. J. (1990): »Reading Dissidence/Writing the Discipline: Crisis and the Question of Sovereignty in International Relations«. International Studies Quarterly 34, no. 3, S. 367-416.

- Badie, Bertrand (1996): *La fin de territoires*, Paris: Seuil.
- Bauman, Zygmunt (1992): »Survival as a Social Construct«. *Theory, Culture, and Society* 9, no.1, S. 1-36.
- Bauman, Zygmunt (1999): *Le coût humain de la mondialisation*, Paris: Hachette.
- Beck, Ulrich (1992): *Risk Society: Towards a new Modernity*, London: Sage.
- Beck, Ulrich (1996): »World Risk Society as Cosmopolitan Society?«. *Theory, Culture, and Society* 13, no. 4, S. 1-32.
- Biersteker, Thomas J./Weber, Cynthia (1996): *State Sovereignty as Social Construct*, Cambridge, Cambridge UP.
- Bigo, Didier (1992): *L'Europe des polices, et de la sécurité intérieure*, Bruxelles: Complexe.
- Bigo, Didier (1996a): *Polices en réseaux: l'expérience européenne*, Paris: Presses de Sciences Po.
- Bigo, Didier (1996b): »L'illusoire maîtrise des frontières«. *Le Monde Diplomatique*, October.
- Bigo, Didier (1998a): »Sécurité et immigration, vers une gouvernementalité par l'inquiétude ?«. *Cultures and Conflicts*, Nr. 31, 32, S. 13-38.
- Bigo, Didier (1998b): »L'immigration au carrefour des sécurités«. *Revue Européenne des Migrations Internationales* 1.
- Bigo, Didier (1998c): »Europe Passoire et Europe Forteresse: La sécurisation/humanitarisation de l'immigration«. In: Andrea Rea (Hg.), *Immigration et Racisme en Europe*, Bruxelles: Complexe, S. 203-241.
- Bigo, Didier (2000a): »Liason Officers in Europe: New Officers in the European Security Field«. In: James Sheptycki (Hg.), *Issues in Transnational Policing*, London: Routledge.
- Bigo, Didier (2000b): *When Two Become One*. In: Morten Kels-trup/Michael C. Williams (Hg.), *International Relations Theory and the Politics of European Integration: Power, Security, and Community*, London: Routledge.
- Bigo, Didier (2000c): *Discipline and Punish beyond the borders: The Social Practices of Controls and Their Locus*, ISA.
- Bigo, Didier/Hanon, Jean Paul/Bonelli, Laurent/Tsoukala, Anastasia (2000): *La notion de protection, de la protection du territoire à la protection des individus*, Report for CPGN.
- Bigo, Didier (2001a): *Le champ européen des professionnels de la sécurité et l'État*. Quebec: IPSA.
- Bigo, Didier (2001b): »Internal and External Security(ies): The Möbius Ribbon«. In: Albert Mathias/David Jacobson/Lapid

- Yosef (Hg.), *Identities, Borders, and Orders*, Minneapolis: U in Minnesota Press, S. 91-136.
- Body-Gendrot, Brigitte (1995): *Villes et violences: L'irruption de nouveaux acteurs*, Paris: PUF.
- Bonelli, Laurent (2000): *La machine à punir, L'esprit frappeur*.
- Booth, Ken (1991): »Security and Emancipation«. *Review of International Studies* 17, 4, S. 313-326.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Ce que parler veut dire: L'économie des échanges linguistiques*, Paris, Fayard.
- Bourdieu, Pierre (1984): *Homo academicus*, Paris: Minuit.
- Bourdieu, Pierre (1990): *In Other Words: Essays Towards a Reflexive Sociology*, Stanford: Stanford UP.
- Bourdieu, Pierre (1991): *Language and Symbolic Power*, Cambridge: Harvard UP.
- Bourdieu, Pierre (1993): *La misère du monde*, Paris: Seuil.
- Bourdieu, Pierre (1994): *Raisons Pratiques: Sur la théorie de l'action pratique*, Paris: Seuil.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Contre feux: Propos pour servir à la résistance contre l'invasion neo-libérale*, Paris: Raison d'agir.
- Bozarslan, Hamit: *L'État et la violence au Moyen-Orient*, Les Annales.
- Butler, Judith (1996): Presentation at Seminar with Pierre Bourdieu on »The Future Role of Intellectuals«, University of California, Berkeley.
- Buzan, Barry (1983): *People, State, and Fears*, Brighton: Harvester.
- Buzan, Barry et. al. (1993): *Identity, Migration, and the new Security Agenda in Europe*, New York: St. Martin's.
- Buzan, Barry/Weaver, Ole/de Wilde, Jaap (1998): *Security: A new Framework of Analysis*, Boulder: Lynne Rienner.
- Césari, Jocelyne (1997): *Faut-il avoir peur de l'Islam?*, Paris: Presses de Sciences Po.
- Ceyhan, Ayse (1997): *Migrants as a Threat*, ISA Paper, Toronto: ISA Annual Meeting.
- Clutterbuck, Richard (1990): *Terrorism, Drugs, and Crime in Europe after 1002*, London: Routledge.
- Crowley, John (1998): *Where the State Actually starts?*, ISA Paper, Minneapolis: ISA Annual Meeting.
- David, Charles-Phillippe (2000): *La guerre et la paix: Approches contemporaines de la sécurité et de la stratégie*, Paris: Presses de Sciences Po.

- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1972): *Capitalisme et schizophrénie: L'anti-oedipe*, Paris: Critique.
- Deleuze, Gilles (1986): *Foucault*, Paris: Minuit.
- Delumeau, Jean (1989): *Rassurer et protéger: Le sentiment de sécurité dans l'Occident d'autrefois*, Paris: Fayard.
- Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul (Hg.) (1984): *Michel Foucault: Un parcours philosophique, au-delà de l'objectivité et de la subjectivité*, Paris: Gallimard.
- Edelman, Murray (1991): *Pièces et règles du jeu politiques*, Paris: Seuil.
- Ericson, Richard (1999): *Policing the Risk Society*, Toronto: University of Toronto.
- Ewald, François (1996): *Histoire de l'État Providence*, Paris: Grasset.
- Favell, Adrian (1998): *Philosophies of Integration: The Theory and Practise of Ethnic Minorities Policies in France and Britain*, New York: Palgrave.
- Foucault, Michel (1969): *L'archéologie du savoir*, Paris: Gallimard.
- Foucault, Michel (1994): »La politique de l'oubli et du déni«. In: *Dits et Ecrits*, vol. 2/3.
- Foucault, Michel (1996): *Il faut défendre la société. Course au Collège de France 1976*, Paris: Seuil.
- Ganster, Paul (1997): *Borders and Border regions in Europe and North America*, San Diego: Institute for Regional Studies of the Californias.
- Geddes, Andrew (1996): *The Politics of Immigration and race*, Manchester: Baseline.
- Giddens, Anthony (1984): *The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration*, Cambridge: Polity.
- Guild, Elspeth (2001): *Transnationalization of Movement of Persons and Labour Forces: The Work Permit Delivery and the Changing Relations between Governments and Companies*, Quebec: IPSA.
- Hassner, Pierre (1996): »Par-delà la guerre et la paix«. *Etudes* 9.
- Heisler, Martin (2001): »Now and Then, Here and There, Migration and the Transformation of Identities, Borders and Orders«. In: Mathias Albert/David Jacobson/Yosef Lapid (Hg.), *Identities, Borders and Orders*, Minneapolis: University of Minnesota Press. S. 225-248.
- Holsti, K. J. (1992): »Governance without Government: Polyarchy in Nineteenth-century European International Politics«.

- In: J. N. Rosenau/E.O. Czempiel (Hg.), *Governance without Government: Order and Change in World Politics*, Cambridge: Cambridge UP.
- Horchem, F. J. (1995): »The new mass Migrations and International Security«. *Democracy and Security* 1, S. 1-4.
- Hysmans, Jeff (1995): »Migrants as Security Problem«. In: Robert Miles/Dietrich Thranhardt (Hg.), *Migration and European Integration: The Dynamics of Inclusion and Exclusion*, London: Pinter, S. 53-72.
- Jamieson, Alison (1992): »Drug Trafficking after 1992«. *Conflict Studies* 250, April.
- Kastoriano, Riva (1998): *Quelle identité pour l'Europe: Le multiculturalisme à l'épreuve*, Paris: Presses de Sciences Po.
- Katzenstein, Peter J. (1996): *Cultural Norms and National Security: Police and Military in Postwar Japan*, Ithaca, N. J.: Cornell UP.
- Latter, R. (1990): *Crime and the European Community*, Wilton Park.
- Le Bras, Hervé (1998): *Le démon des origines: Démographie et extrême-droite*, Paris: Editions de l'Aube.
- Lessana, Charlotte (1998): »Loi Debré: La fabrique de l'immigré«. *Cultures et Conflits*, 7.
- Leveau, Remy (1998): »The Green Peril«. In: Cyril Buffet/Béatrice Hauser (Hg.), *Haunted by History: Myths in International Relations*, Oxford: Bergham.
- Lodge, J. (1992): *Internal Security and Judicial Cooperation beyond Maastricht*, Hull: University of Hull.
- Mansbach, Richard (1989): *The State, Conceptual Chaos, and the Future of International Relations Theory*, Boulder: Lynne Rienner.
- Marx, Gary T. (1972): »Civil Disorders and the Agents of Social Control«. In: Marx, Gary T. (Hg.), *Muckraking Sociology: Research as Social Criticism*, New Brunswick, N.J.: Transaction Books.
- Mathiesen, Thomas (1999): *The Globalisation of Controls*, *Stetewatch Bulletin*.
- Mathiesen, Thomas (2000): *Globalization of Surveillance*, *Stetewatch Report*.
- Migaux, Philippe (1993): »Sécurité intérieure et menaces extérieures«. *CASE*, 1.
- Palidda, Salvatore (1999): *Polizia postmoderna*, Roma: Feltrinelli.

- Rattansi, Ali/Westwood, Sally (1994): *Racism, Modernity, Identity on the Western Front*, Cambridge: Polity.
- Raufer, Xavier (1993): *Les superpuissances du crime*, Paris: Plon.
- Rea, Andrea (1998): *Immigration et Racisme en Europe*, Bruxelles: Complexe.
- Rogin, Michael P. (1998): *Ronald Reagan, the Movie, and other Episodes of Political Demonology*, Berkeley: University of California Press.
- Ruggie, John Gerard (1998): *Constructing the World Polity: Essays on Internationalization*, London, Routhledge.
- Scott, James C. (1999): *Seeing like a state: How certain Schemes to improve the Human Condition Have Failed*, Yale, UP.
- Strange, Susan (1994): *States and Markets*, London: Pinter.
- Taguieff, André Pierre (1991): *Face au racisme 2: Analyses, hypothèses, perspectives*. Paris: La Découverte, S.167-178
- Terriff, Terry/Croft, Stuart/James, Lucy/Morgan, Patrick M. (1999): *Security Studies Today*, Cambridge, Polity.
- Torpey, John (1998): »Coming and Going: On the State Monopolization of the Legitimate Means of Movement«. *Sociological Theory* 16, 3, S. 239-259.
- Veyne, Paul (1971): *Comment on écrit l'histoire: Essai d'épistémologie*, Paris: Seuil.
- Veyne, Paul (1983): *Les Grecs ont – ils cru à leurs mythes? Essai sur l'imagination constituante*, Paris: Seuil.
- Wacquant, Loïc (1998): »De l'Etat social à l'Etat pénal«. *Actes de la Recherche en Sciences Sociales*, 9, 1998.
- Waever, Ole (1997): *Concepts of Security*, Copenhagen: University of Copenhagen.
- Walker, R. B. J./Mendlovitz, Saul H. (1990): *Contending Sovereignties: redefining Political Community*, Boulder: Lynne Rienner.
- Walker, R. B. J. (1997): »The Subject of Security«. In: Krauss, Keith/Williams, Michael C.(Hg.): *Critical Security Studies*, Minneapolis: Minneapolis UP, S. 61-82.
- Weil, Patrick (1998): *The Transformation of Immigration Policies: Immigration Control and Nationality Laws in Europe*, IUE.
- Wendt, Alexander (1992): »Anarchy Is What The States Make of It: The Social Construction of Power Politics«. *International Organization* 46, 2, S. 391-425.
- Wieviorka, Michel (1988): *Sociétés et terrorismes*, Paris: Fayard.

- Wieviorka, Michel (1992): *La France raciste*, Paris: Seuil.
- Wilkinson, Paul (1990): »Terrorist, Target, and Tactics: New Risks to World Order«. *Conflict Studies* 236., Washington: Research Institute for the Study of Conflict and Terrorism.
- Williams, Michael (1999): *Institutions of Security*, London: Sage.

